

T-1 Antrag zur Tagesordnung

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 03.11.2020

Tagesordnungspunkt: 1. Eröffnung, Festsetzung der Tagesordnung und Formalia

Antragstext

- 1 *Beginn: 18:00 Uhr*
- 2 **TOP 1** Eröffnung, Festsetzung der Tagesordnung und Formalia
- 3 **TOP 2** Politische Reden / Aktuelle Aussprache
- 4 **TOP 3** Vorstellung Entwurf Wahlprogramm für die Landtagswahl 2021
- 5 **TOP 4** Besetzung der Antragskommission für den Programmparteitag
- 6 **TOP 5** Jahresplanung/Termine 2021
- 7 **TOP 6** Haushalt und Finanzen / Beschluss Haushalt 2021
- 8 **TOP 7** Inhaltliche Anträge
- 9 **TOP 8** Verschiedenes
- 10 *Ende: ca. 21:00 Uhr*

T-1-Neu Antrag zur Tagesordnung

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 25.11.2020

Tagesordnungspunkt: 1. Eröffnung, Festsetzung der Tagesordnung und Formalia

Antragstext

- 1 **TOP 1** Eröffnung, Festsetzung der Tagesordnung und Formalia
- 2 **TOP 2** Aussprache und Resolution zur Corona-Situation
- 3 **TOP 3** Demokratie verteidigen, Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk schützen -
- 4 Aussprache zum Rundfunkänderungsstaatsvertrag
- 5 **TOP 4** Zwischenstand Wahlprogramm für die Landtagswahl 2021
- 6 und weiteres Vorgehen
- 7 **TOP 5** Besetzung der Antragskommission für den Programmparteitag
- 8 **TOP 6** Jahresplanung/Termine 2021
- 9 **TOP 7** Haushalt und Finanzen / Beschluss Jahreshaushalt 2021
- 10 **TOP 8** Inhaltliche Anträge
- 11 **TOP 9** Verschiedenes

Begründung

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: ca. 20:30 Uhr

R-1 Resolution: Mit Zuversicht durch die Corona-Pandemie: wissenschaftsbasiert und demokratisch

Gremium: Landesvorstand; Cornelia Lüddemann (KV Dessau-Roßlau); Claudia Dalbert (SV Halle (Saale))
Beschlussdatum: 25.11.2020
Tagesordnungspunkt: 2. Aussprache und Resolution zur Corona-Situation

Antragstext

1 Die Situation ist ernst. Wir befinden uns mitten in der zweiten Welle der
2 Corona-Pandemie, die – wie von Wissenschaftler*innen und Mediziner*innen
3 vorausgesagt – die Wintermonate bestimmt.

4 Wir wissen, dass es angesichts der Fortschritte in der Impfstoff-Entwicklung
5 darum geht, gemeinsam und solidarisch durch die zweite Welle und den Winter zu
6 kommen. Wir wollen so viele Neuansteckungen wie möglich verhindern, damit im
7 Frühjahr und Sommer unser Leben nicht mehr durch massive Kontaktbeschränkungen
8 geprägt sein wird. Die Pandemie wird auch dann nicht zu Ende sein, aber wir
9 werden besser als aktuell mit ihren Folgen umgehen können, insbesondere auch
10 dann, wenn Impfungen für Risikogruppen sowie für medizinisches Personal zur
11 Verfügung stehen. Und wenn wieder mehr Aktivitäten im Freien statt in
12 Innenräumen stattfinden können.

13 Die Pandemie stellt unsere Art zu leben in Frage. Für uns Bündnisgrüne ist die
14 „alte Normalität“ nicht erstrebenswert, da in dieser Probleme entstanden, die
15 durch die Pandemie verstärkt wurden. Wir wollen jetzt langfristige Weichen für
16 eine gerechtere Gesellschaft stellen. Eine Gesellschaft, in deren
17 Gesundheitssystem das Wohlbefinden der Menschen und nicht Profit im Vordergrund
18 steht und der das Bildungssystem Ungleichheiten beseitigt statt sie zu
19 verstärken.

20 Wir wissen: Nur Veränderung schafft Halt. Unsere Gesellschaft kann sich ändern.
21 Wir gehen deshalb mit Mut und Zuversicht in die nächsten Monate. Wir wissen,
22 dass keine einfache Zeit vor uns liegt. Als Gesellschaft müssen wir
23 zusammenhalten, dürfen wir niemanden zurücklassen. Mit Solidarität,
24 Rücksichtnahme aufeinander und einer auf Vernunft und wissenschaftlicher
25 Erkenntnis basierten Politik wird es uns gelingen, in Deutschland, Europa und
26 weltweit, diese Herausforderung zu meistern. Darauf bauen wir.

27 Die Pandemie bedroht die Demokratie und den Rechtsstaat

28 Seit Beginn der Corona-Pandemie wird auf Grundlage des Infektionsschutzgesetzes
29 des Bundes und mittels Landesverordnungen drastisch in die Grundrechte aller
30 Bürger*innen eingegriffen. Die Pandemie ist deshalb auch eine demokratische
31 Zumutung. Über die Wege ihr zu begegnen, muss gestritten werden.

32 Die in der vergangenen Woche verabschiedete Novelle des Infektionsschutzgesetzes
33 begrüßen wir. Mit dem 3. Bevölkerungsschutzgesetz wird die Bekämpfung der
34 Pandemie demokratisch besser legitimiert und bekommt eine solide gesetzliche
35 Grundlage. Wir können die Pandemie nur wirkungsvoll bekämpfen, wenn

36 Infektionsschutzmaßnahmen einer gerichtlichen Überprüfung standhalten. Die
37 Chancen dafür verbessert das vorliegende Gesetz erheblich.

38 Mit dem Gesetz gibt es jetzt Leitplanken, unter welchen Bedingungen in
39 Grundrechte zur Sicherung der Funktionsfähigkeit unseres Gesundheitswesens
40 eingegriffen werden darf und wie lange. Das Parlament beschreibt damit den
41 Rahmen, innerhalb dessen Bundesregierung und Landesregierungen agieren können.
42 Damit sind unsere Grundrechte besser geschützt. Zugleich ist mit diesem Gesetz
43 weiterhin zügiges Reagieren auf das Infektionsgeschehen möglich.

44 Eine übergroße Mehrheit der Menschen im Land stützt die aktuellen Maßnahmen.
45 Aber je länger die Pandemie andauert, desto mehr Raum braucht es für Information
46 und Beteiligung der Parlamente. Die gesellschaftliche Akzeptanz der Maßnahmen
47 und das Selbstverständnis unserer Verfassung erfordern den öffentlichen Diskurs
48 und die parlamentarische Verankerung derart gravierender Maßnahmen. Deshalb
49 streiten wir in Sachsen-Anhalt für ein *Landes-Infektionsschutzgesetz*, das die
50 Beteiligung des Landtags stärkt.

51 Grundrechte dürfen nicht über Monate hinweg allein von der Exekutive
52 eingeschränkt werden. Für uns Bündnisgrüne gilt: Transparenz schafft Sicherheit
53 und Vertrauen. Wir wollen Grundlagen für die jeweiligen politischen
54 Entscheidungen vermitteln sowie die Verfahren und Kriterien offenlegen, die den
55 dabei unumgänglichen Abwägungen zugrunde liegen. Wir erwarten daher von der
56 Landesregierung, dass sie die ihren Entscheidungen zugrunde liegenden Daten
57 jederzeit transparent macht. Dazu sind die in den unterschiedlichen Teilen der
58 öffentlichen Verwaltung *vorhandenen Daten als offene, maschinenlesbare Daten für
59 alle Bürger*innen und das Parlament datenschutzkonform bereitzustellen.*

60 Der Landtag von Sachsen-Anhalt soll darüber hinaus für die Zeit der pandemischen
61 Lage in jeder Plenarperiode neben der regulären Befragung der Landesregierung
62 einen *Tagesordnungspunkt „Informationen der Landesregierung zur Pandemischen
63 Lage“* vorsehen.

64 Zudem ist die Diskussion in Landesregierung und Parlament durch einen
65 Pandemiebeirat zu begleiten. Hier sollen Vertreter*innen unterschiedlicher
66 Fachrichtungen aus der Wissenschaft, den kommunalen Spitzenverbänden und
67 Vertreter*innen wie der Kinder- und Jugendring oder der Landessenorenrat
68 zusammenkommen und Hinweise sowie Empfehlungen an die Landesregierung und den
69 Landtag erarbeiten.

70 Die zunehmend von Rechtsextremen unterwanderten Demonstrationen und Kundgebungen
71 so genannter „Querdenker“, d.h. Corona-Leugner*innen, erweisen sich nicht nur
72 als unverantwortliche Corona-Parties, weil Abstände nicht eingehalten und
73 elementare Hygieneregeln nicht beachtet werden. Sie sind geprägt von
74 Verschwörungsmethoden und Antisemitismus.

75 Wir streiten als Bündnisgrüne dafür, dass auch in der Pandemie das Grundrecht
76 auf Versammlungsfreiheit umfänglich genutzt werden kann. Angriffe auf
77 Journalist*innen und Polizeibeamt*innen, wie sie wiederholt und massiv von den
78 Corona-Leugner-Demonstrationen ausgegangen sind, verurteilen wir in aller
79 Schärfe. Wir erwarten, dass Polizei- und Versammlungsbehörden kluge Auflagen zum
80 Schutz aller machen (insbesondere Maskenpflicht, Abstandsregeln und ggf. eine
81 Maximalzahl für Teilnehmer*innen) und mit Konsequenz gegen jene vorgehen, die
82 Auflagen zum Schutz der Gesundheit missachten.

83 Corona-Leugner*innen muss durch uns alle widersprochen werden. Als Bündnisgrüne
84 versammeln wir uns hinter den Erkenntnissen der Wissenschaft und streiten für
85 einen vernunftgeleiteten Weg durch die Pandemie.

86 Wo sich Corona-Leugner*innen weiter radikalieren, braucht es klare Antworten
87 auch der Sicherheitsbehörden. Wo der Rechtsstaat durch diese angegriffen und die
88 freiheitlich-demokratische Grundordnung unterminiert wird, darf durch die
89 Behörden nicht weggeschaut, sondern muss eingegriffen werden.

90 **Für ein starkes Gesundheitssystem**

91 Wir danken allen Ärzt*innen, Pflegekräften und Physiotherapeut*innen, die seit
92 Jahren unter den strukturellen Schwierigkeiten fehlgeleiteter
93 Bundesgesundheitspolitik leiden und unter den aktuell pandemiebedingt
94 komplizierten Verhältnissen einen bewundernswerten Job machen.

95 Hier setzt auch unsere Kritik an. Seit Jahren ist von Bundesebene verschlafen
96 worden, Arbeitsbedingungen und Bezahlung im Gesundheitssystem im Allgemeinen und
97 in der Pflege im Besonderen wirksam zu verbessern. Die Pandemie hat nun alle
98 Schwachstellen offengelegt. Es sind jetzt einige Verbesserungen auf den Weg
99 gebracht worden. So ist auch den Gewerkschaften zu danken. Der von ihnen
100 verhandelte neue Tarifvertrag gibt eine positive Richtung zu Wertschätzung von
101 Pflege und Aufwertung, insbesondere der Intensivpflege vor.

102 Kurzfristig muss die Fachkräftebasis vergrößert werden, indem mittels
103 "Willkommens-Programm" medizinische Fachkräfte, die in andere Bereiche
104 abgewandert sind, zurückgewonnen werden. Die Delegation und Substitution von
105 ärztlichen Leistungen auf Pflegekräfte und Gesundheitsberufe muss vorangetrieben
106 werden, ebenso wie die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen.

107 Auf Landesebene werden wir die Zukunft der Krankenhäuser und deren Veränderung
108 hin zu dauerhaft funktionierenden Orten der gesundheitlichen Versorgung durch
109 steigende Investitionsmittel stärken. Dazu ist es dringend nötig, über einen
110 Runden Tisch auf Landesebene die strategische Planung der Krankenhauslandschaft
111 voranzutreiben. Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, damit die zuständigen
112 Akteur*innen vor Ort moderne und innovative Formen der Versorgung entwickeln
113 können. Wo nötig wollen wir Bündnisgrüne die derzeit 47 Krankenhausstandorte so
114 umbauen, dass sie dauerhaft als Orte der medizinischen Versorgung erhalten
115 bleiben, unter der Maßgabe Sicherung der Daseinsvorsorge. Das heißt für uns:
116 Notambulanzen, Chirurgie, Kardiologie, Pädiatrie, Gynäkologie und
117 Entbindungsstationen. Alles Weitere muss im Dialog aller für die
118 Gesundheitsversorgung Verantwortung Tragenden nach dem Prinzip von Konzentration
119 und Spezialisierung entwickelt werden.

120 Digitalisierung kann auch das Gesundheitswesen krisenfester machen. Um
121 Onlinesprechstunden oder digitale Fallkonferenzen verstärkter nutzen zu können,
122 brauchen wir verstärkten Breitbandausbau und ein Landeszentrum für Telemedizin.

123 Wir müssen den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD), als wesentliche Säule der
124 medizinischen Versorgung anerkennen und konkurrenzfähige Bezahlung der dort
125 Diensthabenden gewährleisten. Wir brauchen an den Universitäten 5 Prozent
126 reservierte Studienplätze für Studierende, die im Anschluss im ÖGD arbeiten
127 wollen, ähnlich der Landarztquote. Die Kommunen müssen bei der Aufwertung des
128 ÖGD unterstützt werden, mittels einer landesweiten Kampagne. In dieser sollte
129 gleichzeitig für die Einhaltung der AHA-L Regeln, also Abstand halten,
130 Hygieneregeln umsetzen, Alltagsmasken tragen und regelmäßig Lüften geworben

131 werden, sowie für Erhöhung der Impfbereitschaft. Das Land sollte durch
132 Bereitstellung von Räumen in öffentlichen Institutionen die Durchführung von
133 Impfkampagnen unterstützen.

134 **Mit klugen Teststrategien schützen**

135 Besonders dort, wo Menschen in Gruppen zusammenkommen oder besonders gefährdete
136 Menschen sich aufhalten, ist der Schutz vor Infektion herausfordernd.

137 Schüler*innen und Lehrer*innen, Kitakinder und Erzieher*innen, Patient*innen,
138 Bewohner*innen und Pflegekräfte müssen sich darauf verlassen können, dass das
139 Land alles tut, um Schutz und Alltag miteinander in Einklang bringen zu können.

140 In Pflegeeinrichtungen schützt eine Testroutine vor Infektionen und Einsamkeit
141 durch Besuchsverbote, in Kliniken ermöglicht sie einen reibungslosen Ablauf und
142 ermöglicht Routinebehandlungen auch innerhalb der Pandemie und in Schulen und
143 Kitas kann sie die Verbreitung des Virus und damit die Schließung von
144 Einrichtungen und großflächige Quarantäne verhindern.

145 Mit den nun verfügbaren Schnelltests haben wir ein wirksames Instrument für
146 große Testreihen in der Hand.

147 Wir sehen das Land in der Pflicht, mit einer konzertierten Teststrategie
148 vulnerable Bereiche in den Blick zu nehmen, die praktische Umsetzung zu
149 konzipieren und die Testungen nicht nur durch die Bereitstellung der dafür
150 notwendigen Testkits, sondern auch durch die finanzielle Absicherung der nötigen
151 personellen Ressourcen abzusichern.

152 **Schule und Kita**

153 Kinder leiden seit Monaten unter den Einschränkungen der Pandemie auf vielen
154 Gebieten, insbesondere im Bereich der Bildung. Für eine gute Entwicklung
155 brauchen Kinder den Umgang mit anderen Kindern. Dies ist nicht durch dauerhaften
156 Fernunterricht zu ersetzen. Nach den einschränkenden Monaten zu Beginn dieses
157 Jahres hat sich deutlich gezeigt, welche z.T. verheerenden Folgen die allgemeine
158 Schließung von Schulen und Kitas erzeugt. Daher begrüßen wir das oberste Ziel,
159 trotz Pandemie Kitas und Schulen grundsätzlich offen zu halten.

160 Bildung muss dennoch sicher gemacht werden. Denn auch in Kindereinrichtungen und
161 Schulen kommt es derzeit verstärkt zu Infektionen.

162 Damit Kitas und Schulen grundsätzlich geöffnet bleiben können, erwarten wir vom
163 Bildungsministerium, Schule grundsätzlich neu zu denken. Dies soll in einem
164 mittel- und langfristigen orientierten Strategieplan festgeschrieben werden.

165 Wir erwarten transparente Information zur Pandemielage an den Schulen im Land
166 (vgl. aktualisierte Übersicht zu Fällen, Quarantäneanordnungen etc. auf den
167 Seiten des Ministeriums), eine beschleunigte und konsequente Fortführung der
168 Digitalisierungsbemühungen für Schulen mit dem Ziel, dass für alle Schulen im
169 Land bis spätestens zum Jahreswechsel hybrider Unterricht – auch in geteilten
170 Klassen – möglich ist.

171 **Wirtschaftshilfen**

172 Es ist unsere Aufgabe als Politik dafür zu sorgen, dass die Lasten der Corona-
173 Katastrophe solidarisch getragen werden. Wir müssen dort helfen, wo Existenzen
174 bedroht sind, wo Ängste entstehen. Dafür muss schnell gehandelt werden. Jeder
175 Tag ist für die Betroffenen kostbar. Wir brauchen zur Sicherung der betroffenen

176 Unternehmen daher die zügige Ausreichung der Corona-Hilfen des Bundes im Land.
177 Die eingespielte Arbeitsstruktur der Investitionsbank Sachsen-Anhalt muss ggf.
178 durch Landesbedienstete verstärkt werden.

179 Die bisherigen Lücken der Überbrückungshilfen, die insbesondere beim
180 Unternehmerlohn für Soloselbstständige bestanden und Existenzen gefährdeten,
181 werden mit der Novemberhilfe zunächst geschlossen. Wir müssen jedoch auf die
182 weitere Entwicklung vorbereitet sein und wollen einen *Corona-Nothilfefonds* im
183 Land schaffen, damit sich kurzfristig abzeichnende neue Lücken im Netz der
184 Hilfen des Bundes jeweils schnell geschlossen werden können.

185 Wir schaffen ein *Landesprogramm Kultur*, das gezielt betroffene Kulturbereiche
186 fördert und fordern ein *Programm für den Neustart* des Kultur- und
187 Veranstaltungsbetriebs nach Corona.

188 Besonders betroffen sind *Studierende*, deren Jobs wegfallen, die jedoch nicht
189 sozialleistungsberechtigt sind. Sie brauchen *gezielte finanzielle Unterstützung*
190 und – vor allem am Ende ihres Studiums – Perspektiven für den Einstieg in das
191 Arbeitsleben. Unterstützung muss auch jenen Auszubildenden zustehen, die in
192 Folge der Corona-Situation ihren Ausbildungsplatz verloren haben.

193 Die Stabilisierung der Wirtschaft erfolgt auch über die Kommunen. Die aktuelle
194 Steuerschätzung zeigt, wir brauchen auch für 2021 eine zumindest *teilweise*
195 *Erstattung der ausgefallenen Gewerbesteuern vor Ort*.

196 Die Politik muss der Wirtschaft Orientierung bieten. Bei allen Maßnahmen, die
197 über die Nothilfen zur Stabilisierung hinausgehen, werden wir darauf drängen,
198 dass das *mobilisierte Geld dazu dient, unsere Art des Wirtschaftens klimaneutral*
199 *und ressourcenschonend umzubauen*.

Beschluss

Resolution: Mit Zuversicht durch die Corona-Pandemie: wissenschaftlich und demokratisch

Gremium: Landesdelegiertenrat

Beschlussdatum: 27.11.2020

Tagesordnungspunkt: 2. Aussprache und Resolution zur Corona-Situation

Antragstext

1 Die Situation ist ernst. Wir befinden uns mitten in der zweiten Welle der
2 Corona-Pandemie, die – wie von Wissenschaftler*innen und Mediziner*innen
3 vorausgesagt – die Wintermonate bestimmt.

4 Wir wissen, dass es angesichts der Fortschritte in der Impfstoff-Entwicklung
5 darum geht, gemeinsam und solidarisch durch die zweite Welle und den Winter zu
6 kommen. Wir wollen so viele Neuansteckungen wie möglich verhindern, damit im
7 Frühjahr und Sommer unser Leben nicht mehr durch massive Kontaktbeschränkungen
8 geprägt sein wird. Die Pandemie wird auch dann nicht zu Ende sein, aber wir
9 werden besser als aktuell mit ihren Folgen umgehen können, insbesondere auch
10 dann, wenn Impfungen für Risikogruppen sowie für medizinisches Personal zur
11 Verfügung stehen. Und wenn wieder mehr Aktivitäten im Freien statt in
12 Innenräumen stattfinden können.

13 Die Pandemie stellt unsere Art zu leben in Frage. Für uns Bündnisgrüne ist die
14 „alte Normalität“ nicht erstrebenswert, da in dieser Probleme entstanden, die
15 durch die Pandemie verstärkt wurden. Wir wollen jetzt langfristige Weichen für
16 eine gerechtere Gesellschaft stellen. Eine Gesellschaft, in deren
17 Gesundheitssystem das Wohlbefinden der Menschen und nicht Profit im Vordergrund
18 steht und der das Bildungssystem Ungleichheiten beseitigt statt sie zu
19 verstärken.

20 Wir wissen: Nur Veränderung schafft Halt. Unsere Gesellschaft kann sich ändern.
21 Wir gehen deshalb mit Mut und Zuversicht in die nächsten Monate. Wir wissen,
22 dass keine einfache Zeit vor uns liegt. Als Gesellschaft müssen wir
23 zusammenhalten, dürfen wir niemanden zurücklassen. Mit Solidarität,
24 Rücksichtnahme aufeinander und einer auf Vernunft und wissenschaftlicher
25 Erkenntnis basierten Politik wird es uns gelingen, in Deutschland, Europa und
26 weltweit, diese Herausforderung zu meistern. Darauf bauen wir.

27 **Die Pandemie bedroht die Demokratie und den Rechtsstaat**

28 Seit Beginn der Corona-Pandemie wird auf Grundlage des Infektionsschutzgesetzes
29 des Bundes und mittels Landesverordnungen drastisch in die Grundrechte aller
30 Bürger*innen eingegriffen. Die Pandemie ist deshalb auch eine demokratische
31 Zumutung. Über die Wege ihr zu begegnen, muss gestritten werden.

32 Die in der vergangenen Woche verabschiedete Novelle des Infektionsschutzgesetzes
33 begrüßen wir. Mit dem 3. Bevölkerungsschutzgesetz wird die Bekämpfung der
34 Pandemie demokratisch besser legitimiert und bekommt eine solide gesetzliche
35 Grundlage. Wir können die Pandemie nur wirkungsvoll bekämpfen, wenn

36 Infektionsschutzmaßnahmen einer gerichtlichen Überprüfung standhalten. Die
37 Chancen dafür verbessert das vorliegende Gesetz erheblich.

38 Mit dem Gesetz gibt es jetzt Leitplanken, unter welchen Bedingungen in
39 Grundrechte zur Sicherung der Funktionsfähigkeit unseres Gesundheitswesens
40 eingegriffen werden darf und wie lange. Das Parlament beschreibt damit den
41 Rahmen, innerhalb dessen Bundesregierung und Landesregierungen agieren können.
42 Damit sind unsere Grundrechte besser geschützt. Zugleich ist mit diesem Gesetz
43 weiterhin zügiges Reagieren auf das Infektionsgeschehen möglich.

44 Eine übergroße Mehrheit der Menschen im Land stützt die aktuellen Maßnahmen.
45 Aber je länger die Pandemie andauert, desto mehr Raum braucht es für Information
46 und Beteiligung der Parlamente. Die gesellschaftliche Akzeptanz der Maßnahmen
47 und das Selbstverständnis unserer Verfassung erfordern den öffentlichen Diskurs
48 und die parlamentarische Verankerung derart gravierender Maßnahmen. Deshalb
49 streiten wir in Sachsen-Anhalt für ein *Landes-Infektionsschutzgesetz*, das die
50 Beteiligung des Landtags stärkt.

51 Grundrechte dürfen nicht über Monate hinweg allein von der Exekutive
52 eingeschränkt werden. Für uns Bündnisgrüne gilt: Transparenz schafft Sicherheit
53 und Vertrauen. Wir wollen Grundlagen für die jeweiligen politischen
54 Entscheidungen vermitteln sowie die Verfahren und Kriterien offenlegen, die den
55 dabei unumgänglichen Abwägungen zugrunde liegen. Wir erwarten daher von der
56 Landesregierung, dass sie die ihren Entscheidungen zugrunde liegenden Daten
57 jederzeit transparent macht. Dazu sind die in den unterschiedlichen Teilen der
58 öffentlichen Verwaltung *vorhandenen Daten als offene, maschinenlesbare Daten für
59 alle Bürger*innen und das Parlament datenschutzkonform bereitzustellen.*

60 Der Landtag von Sachsen-Anhalt soll darüber hinaus für die Zeit der pandemischen
61 Lage in jeder Plenarperiode neben der regulären Befragung der Landesregierung
62 einen *Tagesordnungspunkt „Informationen der Landesregierung zur Pandemischen
63 Lage“* vorsehen.

64 Zudem ist die Diskussion in Landesregierung und Parlament durch einen
65 Pandemiebeirat zu begleiten. Hier sollen Vertreter*innen unterschiedlicher
66 Fachrichtungen aus der Wissenschaft, den kommunalen Spitzenverbänden und
67 Vertreter*innen wie der Kinder- und Jugendring oder der Landesseniorenrat
68 zusammenkommen und Hinweise sowie Empfehlungen an die Landesregierung und den
69 Landtag erarbeiten.

70 Die zunehmend von Rechtsextremen unterwanderten Demonstrationen und Kundgebungen
71 so genannter „Querdenker“, d.h. Corona-Leugner*innen, erweisen sich nicht nur
72 als unverantwortliche Corona-Parties, weil Abstände nicht eingehalten und
73 elementare Hygieneregeln nicht beachtet werden. Sie sind geprägt von
74 Verschwörungsmethoden und Antisemitismus.

75 Wir streiten als Bündnisgrüne dafür, dass auch in der Pandemie das Grundrecht
76 auf Versammlungsfreiheit umfänglich genutzt werden kann. Angriffe auf
77 Journalist*innen und Polizeibeamt*innen, wie sie wiederholt und massiv von den
78 Corona-Leugner-Demonstrationen ausgegangen sind, verurteilen wir in aller
79 Schärfe. Wir erwarten, dass Polizei- und Versammlungsbehörden kluge Auflagen zum
80 Schutz aller machen (insbesondere Maskenpflicht, Abstandsregeln und ggf. eine
81 Maximalzahl für Teilnehmer*innen) und mit Konsequenz gegen jene vorgehen, die
82 Auflagen zum Schutz der Gesundheit missachten.

83 Corona-Leugner*innen muss durch uns alle widersprochen werden. Als Bündnisgrüne
84 versammeln wir uns hinter den Erkenntnissen der Wissenschaft und streiten für
85 einen vernunftgeleiteten Weg durch die Pandemie.

86 Wo sich Corona-Leugner*innen weiter radikalieren, braucht es klare Antworten
87 auch der Sicherheitsbehörden. Wo der Rechtsstaat durch diese angegriffen und die
88 freiheitlich-demokratische Grundordnung unterminiert wird, darf durch die
89 Behörden nicht weggeschaut, sondern muss eingegriffen werden.

90 **Für ein starkes Gesundheitssystem**

91 Wir danken allen Ärzt*innen, Pflegekräften und Physiotherapeut*innen, die seit
92 Jahren unter den strukturellen Schwierigkeiten fehlgeleiteter
93 Bundesgesundheitspolitik leiden und unter den aktuell pandemiebedingt
94 komplizierten Verhältnissen einen bewundernswerten Job machen.

95 Hier setzt auch unsere Kritik an. Seit Jahren ist von Bundesebene verschlafen
96 worden, Arbeitsbedingungen und Bezahlung im Gesundheitssystem im Allgemeinen und
97 in der Pflege im Besonderen wirksam zu verbessern. Die Pandemie hat nun alle
98 Schwachstellen offengelegt. Es sind jetzt einige Verbesserungen auf den Weg
99 gebracht worden. So ist auch den Gewerkschaften zu danken. Der von ihnen
100 verhandelte neue Tarifvertrag gibt eine positive Richtung zu Wertschätzung von
101 Pflege und Aufwertung, insbesondere der Intensivpflege vor.

102 Kurzfristig muss die Fachkräftebasis vergrößert werden, indem mittels
103 "Willkommens-Programm" medizinische Fachkräfte, die in andere Bereiche
104 abgewandert sind, zurückgewonnen werden. Die Delegation und Substitution von
105 ärztlichen Leistungen auf Pflegekräfte und Gesundheitsberufe muss vorangetrieben
106 werden, ebenso wie die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen.

107 Auf Landesebene werden wir die Zukunft der Krankenhäuser und deren Veränderung
108 hin zu dauerhaft funktionierenden Orten der gesundheitlichen Versorgung durch
109 steigende Investitionsmittel stärken. Dazu ist es dringend nötig, über einen
110 Runden Tisch auf Landesebene die strategische Planung der Krankenhauslandschaft
111 voranzutreiben. Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, damit die zuständigen
112 Akteur*innen vor Ort moderne und innovative Formen der Versorgung entwickeln
113 können. Wo nötig wollen wir Bündnisgrüne die derzeit 47 Krankenhausstandorte so
114 umbauen, dass sie dauerhaft als Orte der medizinischen Versorgung erhalten
115 bleiben, unter der Maßgabe Sicherung der Daseinsvorsorge. Das heißt für uns:
116 Notambulanzen, Chirurgie, Kardiologie, Pädiatrie, Gynäkologie und
117 Entbindungsstationen. Alles Weitere muss im Dialog aller für die
118 Gesundheitsversorgung Verantwortung Tragenden nach dem Prinzip von Konzentration
119 und Spezialisierung entwickelt werden.

120 Digitalisierung kann auch das Gesundheitswesen krisenfester machen. Um
121 Onlinesprechstunden oder digitale Fallkonferenzen verstärkter nutzen zu können,
122 brauchen wir verstärkten Breitbandausbau und ein Landeszentrum für Telemedizin.

123 Wir müssen den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD), als wesentliche Säule der
124 medizinischen Versorgung anerkennen und konkurrenzfähige Bezahlung der dort
125 Diensthabenden gewährleisten. Wir brauchen an den Universitäten 5 Prozent
126 reservierte Studienplätze für Studierende, die im Anschluss im ÖGD arbeiten
127 wollen, ähnlich der Landarztquote. Die Kommunen müssen bei der Aufwertung des
128 ÖGD unterstützt werden, mittels einer landesweiten Kampagne. In dieser sollte
129 gleichzeitig für die Einhaltung der AHA-L Regeln, also Abstand halten,
130 Hygieneregeln umsetzen, Alltagsmasken tragen und regelmäßig Lüften geworben

131 werden, sowie für Erhöhung der Impfbereitschaft. Das Land sollte durch
132 Bereitstellung von Räumen in öffentlichen Institutionen die Durchführung von
133 Impfkampagnen unterstützen.

134 **Mit klugen Teststrategien schützen**

135 Besonders dort, wo Menschen in Gruppen zusammenkommen oder besonders gefährdete
136 Menschen sich aufhalten, ist der Schutz vor Infektion herausfordernd.

137 Schüler*innen und Lehrer*innen, Kitakinder und Erzieher*innen, Patient*innen,
138 Bewohner*innen und Pflegekräfte müssen sich darauf verlassen können, dass das
139 Land alles tut, um Schutz und Alltag miteinander in Einklang bringen zu können.

140 In Pflegeeinrichtungen schützt eine Testroutine vor Infektionen und Einsamkeit
141 durch Besuchsverbote, in Kliniken ermöglicht sie einen reibungslosen Ablauf und
142 ermöglicht Routinebehandlungen auch innerhalb der Pandemie und in Schulen und
143 Kitas kann sie die Verbreitung des Virus und damit die Schließung von
144 Einrichtungen und großflächige Quarantäne verhindern.

145 Mit den nun verfügbaren Schnelltests haben wir ein wirksames Instrument für
146 große Testreihen in der Hand.

147 Wir sehen das Land in der Pflicht, mit einer konzertierten Teststrategie
148 vulnerable Bereiche in den Blick zu nehmen, die praktische Umsetzung zu
149 konzipieren und die Testungen nicht nur durch die Bereitstellung der dafür
150 notwendigen Testkits, sondern auch durch die finanzielle Absicherung der nötigen
151 personellen Ressourcen abzusichern.

152 **Schule und Kita**

153 Kinder leiden seit Monaten unter den Einschränkungen der Pandemie auf vielen
154 Gebieten, insbesondere im Bereich der Bildung. Für eine gute Entwicklung
155 brauchen Kinder den Umgang mit anderen Kindern. Dies ist nicht durch dauerhaften
156 Fernunterricht zu ersetzen. Nach den einschränkenden Monaten zu Beginn dieses
157 Jahres hat sich deutlich gezeigt, welche z.T. verheerenden Folgen die allgemeine
158 Schließung von Schulen und Kitas erzeugt. Daher begrüßen wir das oberste Ziel,
159 trotz Pandemie Kitas und Schulen grundsätzlich offen zu halten.

160 Bildung muss dennoch sicher gemacht werden. Denn auch in Kindereinrichtungen und
161 Schulen kommt es derzeit verstärkt zu Infektionen.

162 Damit Kitas und Schulen grundsätzlich geöffnet bleiben können, erwarten wir vom
163 Bildungsministerium, Schule grundsätzlich neu zu denken. Dies soll in einem
164 mittel- und langfristig orientierten Strategieplan festgeschrieben werden.

165 Wir erwarten transparente Information zur Pandemielage an den Schulen im Land
166 (vgl. aktualisierte Übersicht zu Fällen, Quarantäneanordnungen etc. auf den
167 Seiten des Ministeriums), eine beschleunigte und konsequente Fortführung der
168 Digitalisierungsbemühungen für Schulen mit dem Ziel, dass für alle Schulen im
169 Land bis spätestens zum Jahreswechsel hybrider Unterricht – auch in geteilten
170 Klassen – möglich ist.

171 **Wirtschaftshilfen**

172 Es ist unsere Aufgabe als Politik dafür zu sorgen, dass die Lasten der Corona-
173 Katastrophe solidarisch getragen werden. Wir müssen dort helfen, wo Existenzen
174 bedroht sind, wo Ängste entstehen. Dafür muss schnell gehandelt werden. Jeder
175 Tag ist für die Betroffenen kostbar. Wir brauchen zur Sicherung der betroffenen

176 Unternehmen daher die zügige Ausreichung der Corona-Hilfen des Bundes im Land.
177 Die eingespielte Arbeitsstruktur der Investitionsbank Sachsen-Anhalt muss ggf.
178 durch Landesbedienstete verstärkt werden.

179 Die bisherigen Lücken der Überbrückungshilfen, die insbesondere beim
180 Unternehmerlohn für Soloselbstständige bestanden und Existenzen gefährdeten,
181 werden mit der Novemberhilfe zunächst geschlossen. Wir müssen jedoch auf die
182 weitere Entwicklung vorbereitet sein und wollen einen *Corona-Nothilfefonds* im
183 Land schaffen, damit sich kurzfristig abzeichnende neue Lücken im Netz der
184 Hilfen des Bundes jeweils schnell geschlossen werden können.

185 Wir schaffen ein *Landesprogramm Kultur*, das gezielt betroffene Kulturbereiche
186 fördert und fordern ein *Programm für den Neustart* des Kultur- und
187 Veranstaltungsbetriebs nach Corona.

188 Besonders betroffen sind *Studierende*, deren Jobs wegfallen, die jedoch nicht
189 sozialleistungsberechtigt sind. Sie brauchen *gezielte finanzielle Unterstützung*
190 und – vor allem am Ende ihres Studiums – Perspektiven für den Einstieg in das
191 Arbeitsleben. Unterstützung muss auch jenen Auszubildenden zustehen, die in
192 Folge der Corona-Situation ihren Ausbildungsplatz verloren haben.

193 Die Stabilisierung der Wirtschaft erfolgt auch über die Kommunen. Die aktuelle
194 Steuerschätzung zeigt, wir brauchen auch für 2021 eine zumindest *teilweise*
195 *Erstattung der ausgefallenen Gewerbesteuern vor Ort*.

196 Die Politik muss der Wirtschaft Orientierung bieten. Bei allen Maßnahmen, die
197 über die Nothilfen zur Stabilisierung hinausgehen, werden wir darauf drängen,
198 dass das *mobilisierte Geld dazu dient, unsere Art des Wirtschaftens klimaneutral*
199 *und ressourcenschonend umzubauen*.

W-1 Wahl der Mitglieder der Antragskommission zum Wahlprogrammparteitag

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 23.11.2020

Tagesordnungspunkt: 5. Besetzung der Antragskommission für den Programmparteitag

Antragstext

- 1 Dem Landesdelegiertenrat werden folgende Mitglieder für die Antragskommission
- 2 zum Wahlprogrammparteitag zur Wahl vorgeschlagen:
- 3 Frauenplatz: Antje Schulze (SV Halle (Saale))
- 4 Offener Platz: Olaf Meister (KV Magdeburg)

Begründung

Für den Wahlprogrammparteitag ist eine besondere Antragskommission zu besetzen. In Paragraph 6 Absatz 14 unserer Satzung heißt es dazu:

*”Im Vorfeld eines Landesparteitages, welcher das jeweilige Landtagswahlprogramm zu Landtagswahlen beschließt, wird eine Antragskommission gebildet. Sie setzt sich zusammen aus zwei Mitgliedern des Landesvorstandes **sowie zwei durch den Landesdelegiertenrat zu wählenden Mitgliedern**. Die Antragskommission bereitet die Behandlung des abzustimmenden Wahlprogrammes in Zusammenarbeit mit den AntragstellerInnen vor. Sie kann dem Landesparteitag Empfehlungen zum Abstimmungsverfahren von Anträgen über das zu beschließende Wahlprogramm geben. Ihre Empfehlungen bedürfen der Zustimmung des Landesparteitages. Über ihre Empfehlungen wird zuerst abgestimmt. Empfehlungen der Kommission sind nur zum Verfahren, nicht aber bezüglich der Annahme oder Ablehnung von Anträgen zulässig.”*

Der Landesvorstand hat auf seiner Sitzung am 23.11.2020 Miriam Matz und Lysan Papenroth als Mitglieder für den LaVo gewählt und schlägt obige Basismitglieder zur Wahl durch den LDR vor.

Beschluss

Wahl der Mitglieder der Antragskommission zum Wahlprogrammparteitag

Gremium: Landesdelegiertenrat

Beschlussdatum: 27.11.2020

Tagesordnungspunkt: 5. Besetzung der Antragskommission für den Programmparteitag

Antragstext

- 1 Dem Landesdelegiertenrat werden folgende Mitglieder für die Antragskommission
- 2 zum Wahlprogrammparteitag zur Wahl vorgeschlagen:
- 3 Frauenplatz: Antje Schulze (SV Halle (Saale))
- 4 Offener Platz: Olaf Meister (KV Magdeburg)

Begründung

Für den Wahlprogrammparteitag ist eine besondere Antragskommission zu besetzen. In Paragraph 6 Absatz 14 unserer Satzung heißt es dazu:

*”Im Vorfeld eines Landesparteitages, welcher das jeweilige Landtagswahlprogramm zu Landtagswahlen beschließt, wird eine Antragskommission gebildet. Sie setzt sich zusammen aus zwei Mitgliedern des Landesvorstandes **sowie zwei durch den Landesdelegiertenrat zu wählenden Mitgliedern**. Die Antragskommission bereitet die Behandlung des abzustimmenden Wahlprogrammes in Zusammenarbeit mit den AntragstellerInnen vor. Sie kann dem Landesparteitag Empfehlungen zum Abstimmungsverfahren von Anträgen über das zu beschließende Wahlprogramm geben. Ihre Empfehlungen bedürfen der Zustimmung des Landesparteitages. Über ihre Empfehlungen wird zuerst abgestimmt. Empfehlungen der Kommission sind nur zum Verfahren, nicht aber bezüglich der Annahme oder Ablehnung von Anträgen zulässig.”*

Der Landesvorstand hat auf seiner Sitzung am 23.11.2020 Miriam Matz und Lysan Papenroth als Mitglieder für den LaVo gewählt und schlägt obige Basismitglieder zur Wahl durch den LDR vor.

Z-1 Jahresplanung 2021

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 23.11.2020
Tagesordnungspunkt: 6. Jahresplanung/Termine 2021

Antragstext

- 1 Der Landesdelegiertenrat beschließt folgende Termine für Ordentliche
- 2 Landesparteitage in 2021:
- 3 Samstag, 24. April 2021 Ordentlicher Landesparteitag (Programmparteitag)
- 4 Samstag, 27. November 2021 Ordentlicher Landesparteitag (Regulärer Parteitag)

Begründung

Der Landesparteitag nimmt weiterhin die folgende Terminplanung zur Kenntnis:

Samstag, 06. März 2021 Ordentlicher Landesdelegiertenrat

Freitag, 28. Mai 2021 oder Ordentlicher Landesdelegiertenrat

Samstag, 29. Mai 2021

Sommer 2021 evtl. Außerordentlicher Landesdelegiertenrat im Falle von Sondierungsgesprächen nach der Landtagswahl

Sommer/Frühherbst 2021 evtl. Außerordentlicher Landesparteitag im Falle von Koalitionsverhandlungen nach der Landtagswahl

Beschluss

Jahresplanung 2021

Gremium: Landesdelegiertenrat
Beschlussdatum: 27.11.2020
Tagesordnungspunkt: 6. Jahresplanung/Termine 2021

Antragstext

- 1 Der Landesdelegiertenrat beschließt folgende Termine für Ordentliche
- 2 Landesparteitage in 2021:
- 3 Samstag, 24. April 2021 Ordentlicher Landesparteitag (Programmparteitag)
- 4 Samstag, 27. November 2021 Ordentlicher Landesparteitag (Regulärer Parteitag)

Begründung

Der Landesparteitag nimmt weiterhin die folgende Terminplanung zur Kenntnis:

Samstag, 06. März 2021 Ordentlicher Landesdelegiertenrat

Freitag, 28. Mai 2021 oder Ordentlicher Landesdelegiertenrat

Samstag, 29. Mai 2021

Sommer 2021 evtl. Außerordentlicher Landesdelegiertenrat im Falle von Sondierungsgesprächen nach der Landtagswahl

Sommer/Frühherbst 2021 evtl. Außerordentlicher Landesparteitag im Falle von Koalitionsverhandlungen nach der Landtagswahl

H-1 Haushalt 2021

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 23.11.2020

Tagesordnungspunkt: 7. Haushalt und Finanzen / Beschluss Jahreshaushalt 2021

Antragstext

- 1 Der Landesdelegiertenrat möge dem anliegenden Haushaltsplanentwurf 2021
- 2 zustimmen.

Begründung

Redaktioneller Hinweis: Die Tabellenfassung des Haushaltsplanes für 2021 wurde mit der 1. Aussendung an die Delegierten versandt und ist für Mitglieder in der Grünen Wolke zu finden.

Erläuterungen zum Haushaltsplan 2021:

Einnahmen:

Zeile 1a: ehemalige 1a „Umlage Strukturhilfe“ wurde aus dem Haushalt gestrichen.

Zeile 1c NEU: zuvor 1d „Gemeinsame Referenten-Stelle KVe“.

Durch die Strukturmittel des Bundesverbandes hat der Landesverband im Rahmen der Zielvereinbarung mit dem Bundesvorstand zwei neue Stellen für die Unterstützung der Kreisverbände geschaffen. Beide Regionalgeschäftsführer*innen sind beim Landesverband angestellt. Den Kreisverbänden ist es möglich, zusätzliche Stunden einzukaufen. Für die Wahlkämpfe 2021 haben bereits einige Kreisverbände angekündigt, dies in Anspruch zu nehmen. Daher werden hier 13.000 Euro zusätzlich als Einnahme veranschlagt, die sich unter Zeile 37c als Ausgaben und somit als letztlich durchlaufender Posten wiederfinden.

Zeile 1b: Der Landesfinanzrat hat auf seiner Sitzung am 29.10.2020 die Erhöhung der Umlage für die Finanzbuchhaltung beschlossen.

Zeile 3: In der Planung für die Mandatsträger*innenbeiträge Land ist der aktuelle IST-Stand (5 MdLs + 1 Ministerin + 2 Staatssekretäre) bis Juni eingeplant. Ab Juli 2021 wurde konservativ mit 6 MdLs kalkuliert.

Zeile 5: In Wahlkampfjahren ist mit einem erhöhten Spendenaufkommen zu rechnen.

Zeile 8: Bereits enthalten sind 50.000 Euro Solifondszulage. Des Weiteren haben mehrere Landesverbände eine finanzielle Unterstützung in Aussicht gestellt.

Zeile 10: Sonstige Einnahmen beinhalten insbesondere den Verkauf von Wahlkampfmaterialien an Kreisverbände und andere.

Ausgaben:

Zeile 13a: LaVoSi Teilprofessionalisierung

2016 wurde die LaVoSi Teilprofessionalisierung beschlossen. Teil des Beschlusses war die Möglichkeit einer Aufstockung in Wahlkampfzeiten. Während der heißen Wahlkampfphase sollen die Landesvorsitzenden sich vollumfänglich auf die Arbeit für die Landespartei konzentrieren können.

Entsprechend ist hier für drei Monate eine Vollprofessionalisierung enthalten. Im Doppelwahljahr 2021 soll dies erstmal genutzt werden, sodass hier mit einer erhöhten Ausgabe geplant wurde.

Zeile 16: Miete/Energie LGS

Die Landesgeschäftsstelle ist im Sommer 2020 innerhalb des Hauses in die 4. Etage gezogen, um alle Mitarbeiter*innen unterbringen zu können. Hier entstehen höhere Mietkosten.

Zeile 32 und 33: Aufwand Parteitage & LDR

2021 wird es voraussichtlich mehr Parteitage (LPT und LDR) geben als in Jahren ohne Wahlkämpfe. Wir prognostizieren, dass diese Parteitage noch unter Corona-Auflagen erfolgen müssen. Dadurch steigen die Kosten für Parteitage. Auch digitale Formate sind nicht günstiger, sondern im Vergleich eher teurer.

Zeile 37: Aktionshaushalt LaVo

In Wahlkampfzeiten ist der Aktionshaushalt des LaVo kleiner als üblich, da viele Veranstaltungen, andere Formate und Aktionen unter Wahlkampfkosten fallen.

Neu eingeplant ist ein von der Projektgruppe Mitgliederbetreuung angedachtes Sommercamp.

Rücklagenbildung und Ausgaben für Wahlkämpfe Landtags- und Bundestagswahl:

Wir erwarten aus der Haushaltsführung für 2021 zunächst einen Überschuss in Höhe von ungefähr 117.000,00 Euro. Davon und aus den Rücklagen sind nach unserer Planung Ausgaben in Höhe von 355.000,00 Euro für die Landtagswahl im Juni sowie 45.000,00 Euro für die Bundestagswahl im September als Wahlkampfhaushalte veranschlagt.

Weiterhin schlägt der Landesvorstand vor insgesamt 10.000,00 Euro für die anstehen Landratswahlen in MSH, WB, JL, ABI, BLK, SLK und die Oberbürgermeisterwahl in Dessau-Roßlau als Unterstützung für die Wahlkämpfe der Kreisverbände vorzusehen.

Beschluss

Haushalt 2021

Gremium: Landesdelegiertenrat

Beschlussdatum: 27.11.2020

Tagesordnungspunkt: 7. Haushalt und Finanzen / Beschluss Jahreshaushalt 2021

Antragstext

- 1 Der Landesdelegiertenrat stimmt dem Haushaltsplanentwurf 2021 zu.